

Eilmeldung EU plant nach iranischem Angriff auf Israel neue Sanktionen

Startseite > Politik > Christian Lindner: Bundesrechnungshof kritisiert Haushaltspläne scharf

„Davon halten wir nichts“

Bundesrechnungshof pfeift Lindner zurück: Tilgung der Corona-Schulden sollte nicht gestreckt werden

 Artikel anhören • 4 Minuten

Bundesfinanzminister Christian Lindner will die Tilgung der Corona-Schulden strecken, um ab 2028 Spielräume für die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes zu gewinnen. Doch der Bundesrechnungshof ist strikt dagegen. Er forderte stattdessen einen weiteren Abbau von Steuersubventionen.



Tim Szent-Ivanyi
16.04.2024, 14:28 Uhr



Das kommende Jahr gilt mit Blick auf den Haushalt als schwierig, da eine Lücke von rund 20 Milliarden Euro geschlossen werden muss. Die wahren Probleme kommen aber erst 2028, denn zu diesem Zeitpunkt wird das Sondervermögen der Bundeswehr von 100 Milliarden Euro aufgebraucht sein.

Deshalb muss der Verteidigungshaushalt in einem Schritt um gut 35 Milliarden Euro anwachsen, um das 2-Prozent-Ziel der Nato weiterhin zu erfüllen. Zugleich beginnen 2028 die Tilgungszahlungen für das Bundeswehr-Sondervermögen und die Corona-Kredite, die den Bundshaushalt zusammen mit jährlich mehr als 12 Milliarden Euro belasten. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat aber schon eine Idee, wie das Loch von fast 50 Milliarden Euro gestopft werden kann. Er will die Schuldentilgung strecken. Doch nun macht ihm der Bundesrechnungshof (BRH) einen Strich durch die Rechnung. „Davon halten wir nichts“, erklärte BRH-Präsident Kay Scheller am Dienstag.

Mehr zum Thema



Neubauer fordert Wissing-Rücktritt

„Arbeitsverweigerung“: Umweltverbände empört über Reform des Klimaschutzgesetzes



Außenministerin gegen Sparvorschläge

Baerbock fordert für 2025 übergreifenden Sicherheitshaushalt



RND-Interview

Diakonie-Chef: „Christian Lindner will mit dem Rasenmäher über den Sozialstaat fahren“

Lindner hatte argumentiert, bei disziplinierter Haushaltsführung werde die Schuldenquote des Staates 2028 wieder unter den in der EU vorgeschriebenen 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen. Dann sei eine Tilgung der Notlagenkredite von zusammen rund 300 Milliarden Euro aus den Jahren 2020, 2021 und 2022 in dem bisher geplanten Maß unnötig. Der Finanzminister will daher den Zeitraum der Tilgung – geplant sind 30 Jahre – weiter ausdehnen, um mehr Spielraum im Haushalt zu bekommen.

„Künftige Generationen werden belastet“

Der Bundesrechnungshof bringt nun jedoch mehrere Argumente dagegen vor. „Durch die Streckung der Tilgung würde der Zinsaufwand nach hinten verschoben und vergrößert“, beklagte BRH-Präsident Scheller. „Damit werden die Generationen belastet, die heute Kinder sind oder noch gar nicht geboren wurden“, mahnte er und forderte: „Wir plädieren sehr dafür, dass die Belastung die gegenwärtige Generation erfasst und nicht weiter in die Zukunft verschoben wird.“ Sein Fazit: „Das ist aus unserer Sicht keine Lösung.“



Hauptstadt-Radar

Der RND-Newsletter aus dem Regierungsviertel mit dem 360-Grad-Blick auf die Politik im Superwahljahr. Immer dienstags, donnerstags und samstags.

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Ein weiteres Argument des Rechnungshofes: Es sei gar nicht das Verdienst des Bundes, dass sich die gesamtstaatliche Schuldenquote wieder in Richtung 60 Prozent bewege. Das liege vielmehr an den Ländern und Sozialversicherungen, während die Schuldenquote des Bundes wieder wachse. „Wir sehen deshalb hier diesen Spielraum nicht“, sagte der oberste Rechnungsprüfer und warnte vor weiter steigenden Zinslasten.

Auch an der Haushaltsplanung für das kommende Jahr übte Scheller Kritik. Konkret beklagte er, dass Lindner erneut auf das sogenannte Eckwertverfahren verzichtet hat. Dabei werden vor Beginn der Haushaltsberatungen durch den Finanzminister die finanziellen Rahmendaten festgelegt.

Lindner nutzt als Maßstab hingegen den im vergangenen Sommer vom Kabinett beschlossenen Finanzplan bis 2027. Dabei handele es sich allerdings um eine veraltete Planung, beklagte BRH-Präsident Scheller. Es müsse zudem befürchtet werden, dass es nun wieder zu einem ungeordneten Verfahren komme, statt die Haushaltsprobleme strukturiert anzugehen. „Es besteht die Gefahr, dass es wieder in einem Klein-Klein, in einem Hickhack endet“, warnte der BRH-Präsident.



Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofes.
Quelle: Wolfgang Kumm/dpa



Diskussion über Klimaschutzziele: Kritik an Wissings Vorstoß zu Fahrverboten

13.04.2024, 09:41 Uhr

Der Bundesrechnungshof warnte erneut davor, die Schuldenbremse anzutasten. „Das Ausweichen in immer neue Schulden ist keine geeignete Option zur Lösung der immer drängenderen und kumulierenden Probleme“, so der BRH-Präsident. Er wandte sich auch

gegen neue Notlagenerklärungen und Sondervermögen. „Das Sondervermögen Bundeswehr sollte die absolute Ausnahme sein“, so der oberste Rechnungsprüfer.

Scheller forderte stattdessen, klimaschädliche Subventionen abzubauen, deren Umfang er auf rund 18 Milliarden Euro beziffert. Er schlug zudem vor, die Zahl der mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent belegten Waren zu reduzieren. Nötig sei ein „durchgreifender Konsolidierungsplan, der alle gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt und der es allen ermöglicht, sich auf Belastungen rechtzeitig einzustellen“, mahnte der Rechnungshof-Präsident mit Blick auf die kurzfristigen Kürzungsbeschlüsse der Ampelkoalition im Agrarsektor.

VERWANDTE THEMEN

[Bundeshaushalt](#)[Christian Lindner](#)[Ampelkoalition](#)

TOP THEMEN

Krieg

[Iran](#)[Israel](#)[Gaza](#)[Hamis](#)[Nahost](#)[Russland](#)[Ukraine](#)

Deutschland

[AfD](#)[CDU](#)[SPD](#)

LETZTE MELDUNGEN AUS POLITIK

Live[Alle Entwicklungen im Liveblog](#)

EU plant nach iranischem Angriff auf Israel neue Sanktionen

vor 12 Minuten

[Israel nach der Attacke aus dem Iran](#)

+ Kann Rache der richtige Weg sein?

18:17 Uhr

[Ergebnisse des Runden Tisches](#)

„Wendepunkt“ für Long Covid? Neue Richtlinie soll Behandlung einfacher machen

18:00 Uhr

[Ehemaliger „Bild“-Chefredakteur](#)

Verfassungsbeschwerde erfolgreich: Reichelt-Kritik an Bundesregierung ist erlaubt

17:55 Uhr

[Diese Krise lässt sich nicht aussitzen](#)

Die Ampellösung für den Klimaschutz? Den Kopf in den Sand stecken

17:49 Uhr

[Mitgliederentscheid noch fraglich](#)

Wettkampf um grüne Kanzlerkandidatur: Robert Habeck liegt vorn

17:21 Uhr

[Auftakt des Schweigegeldverfahrens](#)

Vor Gericht entdeckt Trump seine Vatergefühle

17:13 Uhr

[Kommentar zur Scholz-Reise](#)

Der Kampf gegen die Abhängigkeit: China bleibt ein riskanter Partner

17:11 Uhr